

Einbringung des Kreishaushalts 2014

Landrat Dr. Olaf Gericke

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neu gestaltete Eingangsbereich unseres Kreishauses ist bald fertig!
Die Betonwürfel der schon lange maroden Springbrunnenanlage sind endlich entsorgt, ein behindertengerechter, einladend gestalteter Weg wurde geschaffen. In Kürze wird dann auch noch eine energiesparende Automatiktür eingebaut werden.

Ich habe dieses ganz aktuelle Bild an den Anfang meiner Haushaltsrede gesetzt, weil es ein Symbol dafür ist, das auch den Kreishaushalt 2014 auszeichnet:

Bewährtes erhalten – Zukunft gestalten!

Wir setzen auf Bewährtes, pflegen es und kümmern uns darum – wie um unser Kreishaus, das nach 30 Jahren allmählich in die Jahre kommt!

Und wir setzen auf Erneuerung und Zukunft – was durch diese Baumaßnahme deutlich wird.

Kontinuität und Innovation – bewährte Politik fortsetzen aber auch Zukunftsaufgaben anpacken - das kennzeichnet den Haushalt 2014.

Zwei herausragende Beispiele für bewährte Politik, die mir immer ganz besonders am Herzen liegen, möchte ich gleich am Anfang nennen:

Schuldenabbau

Kontinuität beweisen wir dadurch, dass wir gemeinsam in den letzten sieben Jahren die Kreisverschuldung sukzessiv um knapp 12 Mio. € abbauen konnten.

Sie sehen es an der Grafik: von knapp 37,3 Mio. Euro geht die Verschuldung bis Ende 2013 auf 25,4 Mio. Euro zurück. Im nächsten Jahr wollen wir eine weitere Million Altschulden abbauen.

Mit dem Schuldenabbau sinkt natürlich auch der Zinsaufwand. Als ich Ende 2006 meine erste Haushaltsrede hier gehalten habe, mussten wir noch rund 1,7 Millionen Euro Kreditzinsen zahlen – im nächsten Jahr liegen wir beim Zinsaufwand erstmals unter einer Million Euro.

Das wird auch die Bürgermeister freuen, denn die Kommunen zahlen dadurch im nächsten Jahr rund 700.000 Euro weniger Kreisumlage, weil sie nicht für den Kapitaleinsatz aufkommen müssen.

Das, meine Damen und Herren, ist Ausdruck einer bewährten, verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Finanzpolitik!

Und ich freue mich besonders auch darüber, dass nicht nur wir im Kreishaus diese Politik verfolgen, sondern auch unsere 13 Städte und Gemeinden. Denn sie haben ebenfalls – wie die Grafik zeigt – in den letzten Jahren (2006 bis 2012) in ihren Kernhaushalten fast 41 Mio Euro Schulden abgebaut!

Kapitalstock für Pensionslasten

Gleiches gilt für die Anlage eines Kapitalstocks den wir dann einsetzen, wenn die Pensionszahlungen drastisch gestiegen sein werden. Auf einem riesigen Berg an Verpflichtungen wollen und können wir unsere Kinder nicht sitzen lassen!

Wir haben das Neue Kommunale Finanzmanagement bekommen, damit wir die von uns verursachten Belastungen künftiger Generationen erkennen und heute mit Vorsorge darauf reagieren. 2 Millionen Euro werden wir im nächsten Jahr diesem Kapitalstock zuführen, der dann 15 Millionen Euro aufweisen wird.

WAF 2030 – Wir gestalten Zukunft hier

Neben diesen beiden Beispielen für „Bewährtes“ möchte ich unser Zukunftsprojekt “WAF 2030“ nennen, das wir gerade beschlossen haben.

Sich mit Fragen der Kreisentwicklung auseinander zu setzen, ist sicher nicht jedermanns Sache. Deswegen bin ich auch sehr stolz darauf, dass sich 3.600 Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben, dass 140 Unternehmen dabei waren, dass 120 Fachleute in Expertenarbeitsgruppen mitdiskutierten haben und an die 500 Gäste bei unseren Zukunftsforen gezählt wurden.

Alles in allem war das eine tolle Resonanz, die laut Prognos bei einem solchen Projekt einmalig und beispielhaft ist!

Das Ergebnis liegt heute auf dem Tisch! Wir haben neben einer aktuellen Bestandsaufnahme auch eine Analyse der Stärken und Schwächen in den wichtigsten Zukunftsfeldern bekommen. Und wir haben Ziele und eine Liste mit konkreten Projekten erarbeitet, die wir jetzt umsetzen wollen.

Das Kreisentwicklungsprogramm wird so zu einem ganz wertvollen Kompass für unsere zukünftige Arbeit.

Es bestätigt, dass wir bei einer ganzen Reihe von Projekten schon heute auf dem richtigen Weg sind: Ich denke z.B. an das FIT-Programm oder auch an die Koordinierungsstelle Übergang Schule-Beruf.

Hinzu kommen aber auch neue Maßnahmen wie z.B. das Projekt „Musterhaus“, wo wir u.a. Maßnahmen des Klimaschutzes an einem älteren Wohngebäude für jedermann anschaulich präsentieren wollen.

Meine Damen und Herren,

nachfolgend möchte ich Ihnen

- **die finanz- und wirtschaftspolitische Ausgangslage**
- **den Haushalt 2014 in Zahlen**
- **und die kommunalpolitischen Schwerpunkte**

näher vorstellen.

Finanz- und wirtschaftspolitische Ausgangslage

Die **Steuerkraft unserer 13 Städte und Gemeinden** ist in der Referenzperiode für den Finanzausgleich 2014 wiederum deutlich angestiegen – nämlich um rund 8,5 Mio Euro oder 3,26 %.

Besonders positiv entwickelt hat sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer – hier ist ein Plus von fast 8 Mio. Euro zu verzeichnen.

Bei der Gewerbesteuer gibt es Gewinner und Verlierer – 4 Kommunen verzeichneten Einbußen – in 5 Kommunen stieg die Gewerbesteuer sogar um über 10 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

39,3 Mio. Euro – und damit rund 5,7 Mio. Euro mehr als in diesem Jahr – bekommen die Städte und Gemeinden an Schlüsselzuweisungen vom Land.

Eigentlich erfreulich – dennoch möchte ich darauf hinweisen

- dass die Summe der Schlüsselzuweisungen für unsere Kommunen im Jahr 2012 noch um über 3 Mio. Euro höher ausfiel als dies 2014 der Fall sein wird
- und beim Land dank der gestiegenen Verbundmasse jetzt deutlich mehr Geld zur Verteilung im nächsten Jahr zur Verfügung stand.

Die in Düsseldorf vorgenommene Veränderung des Soziallastenansatzes ist also weiterhin deutlich spürbar. Es geht mehr Geld in die hochverschuldeten Städte im Ruhrgebiet – und es kommt weniger bei uns im ländlichen Raum an!

Zudem werden vier Kommunen im Kreis 2014 komplett leer ausgehen! Sie erhalten überhaupt keine Schlüsselzuweisungen, weil nach den Maßstäben des GFG die eigene Steuerkraft den Finanzbedarf übersteigt.

Drei dieser abundanten Kommunen – Oelde, Everswinkel und Sendenhorst – müssen sogar aus ihrer Steuerkraft zusammen rund 1,5 Mio. Euro zur Finanzierung des Stärkungspakts Stadtfinanzen leisten.

Offensichtlich haben die unzähligen eindringlichen Appelle wie auch unser gemeinsames Schreiben an NRW-Innenminister Ralf Jäger keine Wirkung gezeigt. Die Landesregierung geht auch in diesem Punkt mit dem Kopf durch die Wand und will nicht auf die Abundanzumlage verzichten. Sie nimmt damit in Kauf, dass bislang noch gesunde Kommunen krank gemacht werden.

Diese s.g. Solidaritätsumlage empfinden diejenigen, die solide und sparsam wirtschaften, als Bestrafung. Die Abundanzumlage ist der falsche Weg, um überschuldeten Kommunen wieder auf die Beine zu helfen.

Landschaftsumlage

Vor zwei Wochen hat der Landschaftsverband seinen 60. Geburtstag gefeiert. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal zum Jubiläum gratulieren und ausdrücklich hervorheben, dass im Landeshaus, in den LWL-Kliniken oder auch in den LWL-Museen wichtige und gute Arbeit geleistet wird. Der Kreis Warendorf steht zum LWL – er ist uns lieb und teuer!

Wir gehen in unserer Haushaltsplanung von einem stabilen Landschaftsumlagehebesatz in Höhe von 16,4 % aus. 56,3 Mio Euro müssten wir demnach nach Münster überweisen – 2,9 Mio. Euro mehr als in diesem Jahr. Grund dafür sind die gestiegenen Umlagegrundlagen, von denen auch der LWL profitiert. Wir gehen davon aus, dass hierin auch die vom LWL aufzubringenden ELAG-Zahlungen enthalten sind.

Wenn es eine leichte Senkung der LWL-Umlage geben sollte, werden wir – falls keine anderen bösen Überraschungen auf uns zukommen – die dadurch entstehende Entlastung für den Kreishaushalt durch eine Senkung der Kreisumlage an die Kommunen weitergeben. Insofern werden wir – falls möglich - hier gern dem Wunsch der Bürgermeister folgen.

Seit dieser Woche liegt jetzt auch die zweite Modellrechnung des Landes zum Gemeindefinanzausgleich vor. Danach können unsere Städte und Gemeinden, aber auch der Kreis, mit leicht höheren Schlüsselzuweisungen rechnen.

Für den Kreishaushalt bedeutet die zweite Modellrechnung „unter dem Strich“ eine Verbesserung von ca. 400.000 Euro für den Haushalt 2014.

Wir werden in den nächsten Wochen bis zur Verabschiedung des Haushalts alle bis dahin eintretenden Verbesserungen – aber auch Verschlechterungen – beobachten. Ob und welche Veränderungen beim KU-Hebesatz möglich sein werden, wird sich zeigen.

Der Haushalt 2014 in Zahlen

Ende August habe ich Ihnen zusammen mit Kreiskämmerer Dr. Funke die Eckdaten des Kreishaushaltes 2014 vorgelegt. Erheblichen Mehrbelastungen auf der einen Seite standen erfreulicherweise gestiegene Erträge gegenüber.

Hier noch einmal die zentralen Eckpunkte, wie ich sie vor 7 Wochen präsentiert habe – zunächst die wichtigsten Mehrerträge:

- Der Kreis wird im kommenden Jahr 34,5 Mio Euro an eigenen Schlüsselzuweisungen erhalten – rund 3,6 Mio Euro mehr als im laufenden Haushalt.
- Der Bund wird sich im kommenden Jahr erstmals 100 % der Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernehmen – in diesem Jahr werden 75 % der Aufwendungen getragen. Diese 3,7 Mio. Euro stellen eine große und spürbare Entlastung für den Kreishaushalt dar.
- Ich hatte bereits die höhere Steuerkraft und das Mehr an Schlüsselzuweisungen bei unseren 13 Städten- und Gemeinden vorgestellt. Diese gestiegenen Umlagegrundlagen sind Grund dafür, dass der Kreis bei einem unveränderten Kreisumlagehebesatz **rund 5,2 Mio. Euro mehr allgemeine Kreisumlage** bekommen würde.

Allein diese drei Positionen sorgen für ein Plus in der Kreiskasse von 12,5 Mio. Euro!

Nun zu den Mehraufwendungen!

- Da wäre zunächst die **LWL-Umlage** – bei unverändertem Hebesatz müssen wir im nächsten Jahr rund **2,9 Mio. Euro** mehr an das Landeshaus überweisen.
- Bei den **Personalkosten** rechnen wir mit Mehraufwendungen von **1,6 Mio. Euro** – im Wesentlichen sind Tarif- und Besoldungsanhebungen, aber auch vier neue Stellen dafür verantwortlich – dazu später mehr.
- Rund **2,5 Mio. Euro** belastet uns der von der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelte Kompromiss zum **Einheitslastenabrechnungsgesetz**. Auch dazu werde ich gleich noch näheres sagen.
- Beim **Jobcenter** gehen wir von Mehraufwendungen in Höhe von **1,5 Mio Euro** aus – wir müssen mit einem leichten Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften rechnen.
- Und wir dürfen die **4 Mio. Euro** nicht vergessen, die wir in **diesem Jahr als Defizit ausgewiesen** haben. Wir haben dieses Defizit bewusst in Kauf genommen, um unsere Kommunen bei der Kreisumlage 2013 zu entlasten.

Dieses Defizit können wir noch durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage abdecken. Die ist damit am Ende des Jahres aber fast ausgeräumt.

Sie sehen auch hier:

Allein diese 5 Positionen stellen Mehraufwendungen von 12,5 Mio Euro dar – genau der gleiche Betrag wie wir ihn bei unverändertem Kreisumlage-Hebesatz bei den Mehrerträgen feststellen konnten.

Einheitslastenausgleichsgesetz

Über die gerechte Verteilung der Lasten der Deutschen Einheit wurde lange und heftig gestritten. Der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW hat im Mai 2012 die bisherige Kostenverteilung bemängelt und dabei eine Entlastung für die Kommunen angemahnt.

Das Land hat dann mit den Kommunalen Spitzenverbänden einen Kompromiss zur Kostenentlastung bzw. -verteilung ausgehandelt.

Diese Entlastung der kommunalen Familie gibt es jetzt auch:

- Allein im Kreis Warendorf werden die Städte und Kommunen für die zurückliegenden Jahre 2009 bis 2011 rund **6 Mio. Euro** erstattet bekommen – das Geld soll noch im Dezember 2013 ausgezahlt werden.
- Allerdings ist bei dem ausgehandelten Kompromiss vereinbart worden, dass die Umlageverbände insgesamt 130 Mio. Euro Rückzahlungen leisten sollen. **Auf den Kreishaushalt kommen aus dieser Rückberechnung für die Jahre 2009 bis 2011 2,07 Mio Euro zu.**

Dieser Betrag war für uns in der Höhe nicht vorhersehbar. Denn ein früherer Bescheid des Landes sah eine deutlich geringere Belastung für den Kreis vor. Auf dieser Grundlage haben wir Rückstellungen gebildet – und zwar in Höhe von **390.000 Euro**.

Diese Rückstellung eingerechnet bleibt unter dem Strich eine Belastung –also eine **Zahllast - für den Kreis in Höhe von rd. 1,7 Mio Euro**.

- Seit der letzten Woche liegt jetzt auch eine offizielle Modellrechnung über die ELAG-Abrechnung für 2012 vor, die im nächsten Jahr fällig wird. Die Modellrechnung enthielt wiederum eine gute Botschaft: unsere **Städte und Gemeinden werden 2014 weitere 2,8 Millionen Euro bekommen**.
- **Der Kreis wird wieder mit gut 800.000 Euro belastet.**

Wie soll nun mit den Erstattungen und Rückzahlungen umgegangen werden?

Dazu hat die Landesregierung am 25. September einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf stellt klar, dass die Finanzierung der Deutschen Einheit von Kommunen und Kreisen gemeinsam getragen werden. **Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich beim Land für diese Klarstellung bedanken.**

Wer bis dahin behauptet hat, dass die ELAG-Erstattungen nur den Kommunen zustehen und der Kreis gefälligst sehen soll, wie er die Belastungen aus eigener Tasche stemmt, verkannte die Realität und wurde vom Land eines Besseren belehrt!

Es gab und gibt innerhalb der kommunalen Familie keinen Streit über ELAG – wir freuen uns mit den Städten und Gemeinden über die Rückzahlungen in Höhe von insgesamt 8,8 Mio. Euro!

Nach Abzug der 2,5 Mio Euro für den Kreis bleiben 6,3 Mio Euro in den Kassen unserer Städte und Gemeinden! Das ist ausgesprochen positiv – und das lasse ich mir von keinem schlechteden!

Im vorliegenden Gesetzentwurf hat jetzt das Land eine eigene „**ELAG- Bedarfsumlage**“ für die Abrechnung der Belastungen aus 2009 bis 2011 vorgesehen, die von den Kreisen 2013 und auch 2014 erhoben werden kann.

Ich schlage Ihnen vor, eine solche Bedarfsumlage – und zwar in Höhe von 1,7 Mio Euro - noch in diesem Jahr zu erheben.

Die Bürgermeister haben sich in ihrer Stellungnahme damit einverstanden erklärt, wenn der Haushalt 2014 dadurch entlastet wird. Das ist natürlich der Fall.

Welche Auswirkungen hat das nun auf unseren Haushalt 2014?

Schauen wir uns noch einmal die Belastungen an:

- Keine Veränderungen gegenüber dem Eckdatenpapier gibt es bei der **LWL-Umlage, bei Mehraufwendungen für das Jobcenter und beim Personal sowie aus dem Defizit 2013**

- Bei den Mehraufwendungen gibt es **drei Veränderungen:**
 - Die **Belastung durch ELAG sinkt im kommenden Jahr von 2,5 Mio Euro auf 800.000 Euro – der Haushalt 2014 wird in diesem Punkt also um 1,7 Mio Euro entlastet.**

 - Die zweite Veränderung betrifft die **Ausgleichszahlung wegen der sog. Wohngeldentlastung** des Landes. Kurz nach Vorstellung der Eckdaten hat uns der Landkreistag eine Neuberechnung präsentiert.

Danach wird der Kreis Warendorf im kommenden Jahr voraussichtlich **fast 600.000 Euro weniger vom Land Nordrhein-Westfalen** bekommen als in 2013.

In diesem Jahr wurden noch ca. 4,5 Millionen Euro hierfür aus Düsseldorf an den Kreis überwiesen. Und dieser Betrag lag unseren Planungen für 2014 zugrunde.

- Die dritte Veränderung – leider ebenfalls eine weitere Belastung des Haushalts – ist auf den voraussichtlichen **Rückgang der RWE-Dividende** zurückzuführen.

Wir hatten mit einer Dividende von 2 Euro je Aktie gerechnet – jetzt hat der Vorstand der RWE aber nur noch eine Dividende von einem Euro in Aussicht gestellt.

Die **Ausschüttung wird aller Voraussicht nach deshalb um 625.000 Euro niedriger** ausfallen. Dieses Geld fehlt bei unserer Kulturfördergesellschaft. Damit die Arbeit der Musikschule und des Museums in Liesborn weitergehen kann, müssen wir deshalb – wie vereinbart - diesen Betrag aus dem Kreishaushalt finanzieren.

Schauen wir uns jetzt noch einmal die **Ertragsseite an:**

- **Unverändert sind die Mehrerträge bei den Kreisschlüsselzuweisungen und bei der Grundsicherung**
- Zudem steht noch ein **Rest an Ausgleichsrücklage (knapp 600.000 Euro)** zur Verfügung, die wir komplett im kommenden Jahr einsetzen wollen.
- **Von den Städten und Gemeinden erheben wir 1,2 Mio. Euro weniger Kreisumlage als noch im Eckdatenpapier angekündigt!**

Unter Berücksichtigung aller Veränderungen können wir den Hebesatz der Kreisumlage um 0,4 % Punkte senken.

Das ist ein gutes Ergebnis!

Gerade auch durch das komplette Auskehren der Ausgleichsrücklage wird wieder einmal deutlich, dass wir unsere Verantwortung gegenüber den kreisangehörigen Kommunen sehr ernst nehmen.

Wir machen auch deutlich, dass wir in diesen finanziell recht guten Zeiten an unserer soliden und nachhaltigen Haushaltspolitik festhalten:

- Wir bauen weiter Schulden ab – wenn nicht jetzt, wann dann?
- Wir sorgen vor durch weitere Einzahlungen in den Kapitalstock für Pensionsrückstellungen
- aber wir machen keine neuen Fässer auf!

Jugendamtsumlage

Das Jugendamtsbudget weist für 2014 einen Finanzbedarf von gut 29,4 Mio. Euro aus.

Im laufenden Haushaltsjahr standen noch rund 1,35 Mio. Euro aus Überzahlungen aus Vorjahren zur Verfügung. Dieses Geld haben wir 2013 genutzt, um die Zahllast der Jugendamtsgemeinden zu verringern.

2013 sind erhebliche Aufwandssteigerungen zu erwarten – u.a.

- in der Familienpflege + 400.000 Euro
- in der Heimpflege + 516.000 Euro
- in der Tagespflege + 618.000 Euro

Der erforderliche Mehrbetrag kann nur durch eine Erhöhung des Umlagesatzes von 16,9% auf 18,2% erfolgen.

Schwerpunkte der Arbeit

Jobcenter

Das Jobcenter Kreis Warendorf hat sich nach einem erwartungsgemäß anspruchsvollen Startjahr erfolgreich in den Reihen der Altopfrierer und der gemeinsamen Einrichtungen etabliert.

Dies belegen u.a. die guten Integrationszahlen, die Nachhaltigkeit dieser Integrationen und der konsequente Abbau der Zahl der Langzeitleistungsbezieher.

Das laufende Jahr ist geprägt von einer verhaltenen Arbeitskräftenachfrage, die grundsätzlich alle Jobcenter betrifft.

Es muss zurzeit davon ausgegangen werden, dass die jahresdurchschnittlich anvisierten 7.800 Bedarfsgemeinschaften in 2013 nicht gehalten werden können. Aktuell rechnen wir im Jahresdurchschnitt mit etwa 8.000 Bedarfsgemeinschaften. Gleichwohl haben wir das Ziel, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2014 im Durchschnitt um 100 Bedarfsgemeinschaften zu reduzieren.

Mit der Steigerung der Anzahl von Menschen, die aufgrund der eingetretenen Hilfebedürftigkeit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, erhöhen sich die Kosten für Leistungen der Existenzsicherung.

Der Etatentwurf 2014 geht z.B. von steigenden Kosten für den Aufwand für Unterkunft und Heizung (KdU) aus. Es wurde ein Anstieg um rd. 1,5 Mio. Euro im Vergleich zum Plan 2013 prognostiziert.

Neben der dargestellten Erhöhung der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften wirken sich hier vor allem Mietpreis- und Energiekostensteigerungen aus. Auch der Wohnungsmarkt für sogenannte „Single-Bedarfsgemeinschaften“ führt aufgrund geringer werdender Angebote zu höheren Aufwendungen.

Ausgesprochen gut angenommen wurde das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Teilhabe von finanziell und sozial benachteiligten Kindern ist uns ein wichtiges Anliegen und ein Bestandteil unseres präventiven Ansatzes zur Bekämpfung des Langzeitleistungsbezuges. In der Zeit von Januar bis August 2013 erhöhte sich die Antragszahl um 22,6 % auf 10.738 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Diese Entwicklung führt natürlich zu steigenden Ausgaben. Problematisch in diesem Zusammenhang ist der Abrechnungsmodus in Nordrhein-Westfalen. Bisher lehnte das Land eine sogenannte „kommunalscharfe Abrechnung“ auf Landesebene ab. Dadurch entstehen nicht nur landesweit erhebliche Ungleichgewichte, sondern auch eine erhebliche Mehrbelastung für den Kreishaushalt. Diese wird im kommenden Jahr bei uns mit rund 620.000 Euro beziffert.

Nach vielen Schreiben und Vorsprachen hat das zuständige Landesministerium zwischenzeitlich eine intensive Prüfung zugesagt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Beim Thema Schulsozialarbeit habe ich schon beim Einstieg in die neue Aufgabe vor 2 Jahren deutlich gemacht: Wer A sagt, muss auch B sagen! Wenn die Finanzierung nach 3 Jahren ausläuft, werden wir die Aufgabe weiterführen müssen.

Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht – auch in Gesprächen mit den Bürgermeistern. Insofern kann ich die Reaktion der Bürgermeister jetzt nicht ganz nachvollziehen.

Natürlich hoffe auch ich darauf, dass sich vielleicht eine neue große Koalition in Berlin dieses Themas annimmt und wieder Geld zur Verfügung stellt. Doch das ist mehr als ungewiss!

Deshalb übernimmt der Kreis Warendorf an dieser Stelle Verantwortung zum Wohl seiner Bürger und investiert in die Zukunft mit der unbefristeten Übernahme unserer drei Schulsozialarbeiter.

Wir wollen auch im Jahr 2014 kommunale Akzente in der Arbeitsmarktpolitik setzen. Und das nicht allein, sondern im Rahmen der Etablierung einer Marke Münsterland.

Hier werden wir gemeinsam mit allen anderen kommunalen Jobcentern Anstrengungen unternehmen, um die Herausforderungen am Arbeitsmarkt zu bewältigen. **Die Einführung eines Arbeitsmarktsportals aller Optionskommunen im Münsterland soll nur ein erster Aufschlag für die Entwicklung gemeinsamer Strategien und eine bessere Vernetzung sein.**

Ein starkes Münsterland hat sicher in Düsseldorf und Berlin ein anderes arbeitspolitisches Gewicht.

Kinder und Jugend

Ich hatte anfangs schon die deutlichen Kostensteigerungen im Jugendamtsbereich angesprochen.

Die größten Steigerungen verzeichnen wir – das wird keinen wundern – bei den Betriebskosten für die Kindergärten. Dafür haben wir aber auch eine Gegenleistung vorzuweisen, die sich sehen lassen kann. Denn wir konnten alle Anfragen und Bedarfe von Eltern nach einem U3 Platz für ihre Kinder erfüllen!

Der Rechtsanspruch ist sichergestellt! Klagen? Fehlanzeige!

Mit unserer Versorgungsquote von 44,8 % liegen wir landesweit ganz vorn!

In den nächsten Jahren werden wir die Situation weiter beobachten und ggf. auf weitere Bedarfe reagieren. Für das Kindergartenjahr 2014/2015 wollen wir die Versorgungsquote auf 47% erhöhen – im Jahr darauf planen wir mit 50%.

Nach dem quantitativen U 3 Ausbau werden wir jetzt den Schwerpunkt auf die Qualität der Kinderbetreuung legen. Dazu wird es auf Münsterlandebene ein Modellprojekt geben – mit wissenschaftlicher Begleitung und unter unserer Federführung!

Weiter vorantreiben werden wir auch unsere lokalen Netzwerke Frühe Hilfen. In allen 10 Kommunen des Jugendamtes gibt es inzwischen gut funktionierende Netzwerke in kommunaler Verantwortung.

Landesweit werden wir dafür gelobt - und Projekte wie z.B. das Cafe Kinderwagen vielerorts als Erfolgsmodell übernommen.

Zudem haben wir uns vorgenommen, im nächsten Jahr den Kinder- und Jugendförderplan des Kreises fortzuschreiben und den Übergang von der Kita in die Grundschule weiter zu entwickeln.

Thema Soziales/Inklusion

Erfreulich sind die Verbesserungen im Sozialhaushalt!

Im Budget des Sozialamtes rechnen wir im Jahr 2014 mit einer Ergebnisverbesserung von etwa 2,0 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Diese Verbesserung ist in erster Linie auf die Erträge durch die Bundeserstattung für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen. Wie bereits angesprochen, wird ja im nächsten Jahr die Erstattungsquote von 75 % auf 100 % angehoben, so dass die Nettoaufwendungen in Höhe von dann ca. 12,6 Mio € vollständig durch den Bund refinanziert werden können.

Ein Teil der Mehrerträge wird aber durch Mehraufwendungen bei der Hilfe zur Pflege wieder aufgezehrt.

Hier wird der demografische Wandel besonders deutlich spürbar: Sowohl bei den ambulanten als auch bei den stationären Hilfen rechnen wir mit Mehraufwendungen von 250.000 Euro.

Darin enthalten ist ein Anstieg bei den Investitionskostenzuschüssen für die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Weitere und auch bereits auf dem Markt etablierte Anbieter reagieren auf die verstärkten Nachfragen und erweitern ihr Angebot bzw. schaffen neue Angebote. In 2014 rechne ich deshalb mit Mehraufwendungen in Höhe von 100.000 €.

Bedingt durch die Erhöhung der Regelsätze und leicht ansteigenden Fallzahlen werden auch die Ausgaben bei der Hilfe zum Lebensunterhalt weiter steigen (+ 75.000 €).

Großen Anteil an den Mehraufwendungen hat aber auch die Eingliederungshilfe, hier vor allem die Übernahme der Kosten für Integrationshelfer. Im Vergleich zum Ansatz 2013 rechne ich mit Mehraufwendungen in Höhe von 560 T€.

Bereits im Jahr 2012 hatten wir nur für die Schulbegleitung von körperlich und geistig behinderten Kindern 1,04 Mio Euro ausgegeben. In diesem Jahr werden es voraussichtlich 1,3 Mio € sein.

Im Vergleich zu den Aufwendungen im Jahr 2008 bedeutet das bis 2014 eine Steigerung der Ausgaben um 265 %! Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist aber auch zukünftig gerade bei behinderten Schülern in Regelschulen mit einem weiteren Anstieg der Kosten zu rechnen.

Stichwort: UN-Behindertenrechtskonvention

Sie wird unsere Arbeit im nächsten Jahr in vielen Bereichen bestimmen. Mit dem Beschluss zum Inklusionsplan am 12.07.2013 hat der Kreis Warendorf Neuland beschritten und als erster Kreis bundesweit einen eigenen Plan veröffentlicht. Die Umsetzung der dort genannten Maßnahmen wird ein Handlungsleitfaden für viele Ämter der Kreisverwaltung und darüber hinaus sein.

Bildung/Inklusion

Besonders hoch schlagen die Wellen derzeit im Bereich der schulischen Inklusion. Die Diskussionen darüber gehen quer durch die Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft, Schulaufsicht, Schulträger und alle Verbände und Vertretungen, die im Schul- und Bildungsbereich aktiv sind.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht das 9. Schulrechtsänderungsgesetzes für das Land NRW, dass am Mittwoch von der rot-grünen Mehrheit im Landtag verabschiedet wurde.

Dieses Gesetz in Verbindung mit einer neuen Mindestgrößenverordnung für Förderschulen bringt für die Schulträger zum einen deutlich höhere finanzielle Belastungen.

Die zweite und viel gravierendere Auswirkung ist die, dass in ganz wenigen Jahren einige Förderschultypen nicht mehr oder nur noch ganz punktuell existieren werden. Dann wird es auch keine Wahlmöglichkeit der Eltern zwischen Förderschule und Regelschule mehr geben. Gerade das sollte doch eigentlich mit diesem Gesetz garantiert werden!

Im Kreis Warendorf würde dies konkret bedeuten, dass alle drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und auch unsere Regenbogenschule mit dem Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung ab dem Schuljahr 2015/16 keine Schüler mehr aufnehmen dürften. Ein Schuljahr später wäre von dieser Regelung dann auch die Pestalozzi-Schule mit Standorten in Ennigerloh und Oelde betroffen.

Diese Umwälzungen sind dramatisch!

Ich erinnere gern daran, dass wir erst zum Schuljahr 2004/2005 auf Forderung des Landes mit viel Geld ein neues Schulgebäude für den Sek. I Bereich unsere Regenbogenschule in Ahlen gebaut haben. Dass jetzt die Regenbogenschule zu den Auslaufmodellen gehören soll, kann nicht richtig sein! Die Regenbogenschule aber auch unsere Astrid-Lindgren Schule leisten hervorragende Arbeit!

Schlimm ist, dass es beim Land noch keine konkreten Aussagen darüber gibt, welche Ressourcen zur Verfügung stehen, damit Inklusion überhaupt gelingen kann. Unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen im Kreis haben ihre Forderungen u.a. nach besseren Rahmenbedingungen wie mehr Personal und kleinere Klassen in einer dringenden Resolution an das Land zusammengefasst. Fakt ist: Die Regelschulen sind auf die absehbare Flut von Förderschülern überhaupt nicht eingerichtet. Dies betrifft vor allem die personelle Unterstützung durch Sonderpädagogen.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich halte Inklusion auch im schulischen Bereich für wichtig und gesellschaftlich notwendig.

Und es ist toll, dass wir im Kreis Warendorf beim Gemeinsamen Unterricht bereits jetzt die höchste Quote im ganzen Münsterland haben.

Die Umsetzung eines Gesamtkonzepts zur schulischen Inklusion muss aber im Zusammenwirken aller Beteiligten entwickelt werden. Und es darf nicht per Gesetz und unter Zeitdruck durchgepeitscht werden!

Unsere 3 Berufskollegs mit ihren 7000 Schülerinnen und Schülern bieten neben den beruflichen Abschlüssen auch alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur an. Sie sind wertvolle Bereicherung eines durchlässigen Bildungssystems.

Deshalb sind die im nächsten Jahr dort investierten 4 Mio. Euro auch gut und richtig angelegt – 630.000 Euro davon sind Investitionen z.B. für die Errichtung einer Mensa oder der Ausbau des W-LAN-Netzes in Beckum.

Besonders hervorheben möchte ich die Zusammenarbeit zwischen Berufskollegs und Fachhochschulen. Das von der Fachhochschule Münster in Beckum angebotene duale Bachelorstudium Maschinenbau wird hervorragend angenommen.

46 neue Studenten haben sich zum Wintersemester neu eingeschrieben – 113 Studierende sind jetzt dabei!. Die dort ausgebildeten Nachwuchsingenieure sorgen dafür, dass wir im Kreis Warendorf weiterhin zu den Top-20-Standorten im Maschinenbau in Deutschland gehören.

Und es ist schon bemerkenswert, dass die Fachhochschule Münster nicht unbeträchtliche Summen investiert, um gemeinsam mit uns die Hörsäle im Berufskolleg Beckum auszubauen und einzurichten.

Thema Sicherheit

Wie groß das Interesse der Bevölkerung am Thema Sicherheit ist, wurde am 9. Juni deutlich. Über 5000 Besucher kamen zu unserem Tag der Sicherheit. Sie wollten erfahren, was z.B. Rettungsdienst, Polizei, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW, DLRG, Rettungshundestaffel, aber auch einige Ämter der Kreisverwaltung, für ihre Sicherheit leisten. Der Aktionstag war ein toller Erfolg – vielen Dank noch einmal an alle, die daran mitgewirkt haben.

Im vorigen Jahr habe ich erläutert, dass der neue Rettungsdienstbedarfsplan deutliche Verbesserungen insbesondere in der Notarztversorgung im Bereich Sendenhorst und Telgte/Ostbevern bringen wird. Beide Maßnahmen sind Anfang dieses Jahres umgesetzt worden.

Im kommenden Jahr wollen wir wieder erheblich im Sicherheitsbereich investieren.

Dafür sollen ein Gerätewagen (160.000 Euro – davon 80.000 in 2014) und zwei neue Einsatzleitwagen (ca. 230.000 € von insgesamt 820.000 €) für die Fernmeldeeinheit des Kreises beschafft werden. Diese Fahrzeuge werden insbesondere für die Funk- und Nachrichtentechnik bei größeren Schadenslagen genutzt.

Des Weiteren wollen wir zwei neue Rettungswagen (ca. 300.000 €) beschaffen – fünf neue RTW wurden schon in diesem Jahr in Dienst gestellt.

Ich habe mich beim Besuch einiger Rettungswachen überzeugen können, dass die Ausstattung der neuen Fahrzeuge zu einem deutlichen Qualitätssprung bei der Versorgung unserer Patienten im Rettungsdienst geführt hat.

Darüber hinaus sorgen weitere Beschaffungen im Katastrophenschutz, im Digitalfunk oder bei der Digitalalarmierung (gesamt fast 130.000 €) für mehr Sicherheit im Kreis Warendorf.

Beim Digitalfunk befinden wir uns zurzeit in der Erprobungsphase. Beim Sparkassen Münsterland Giro am 3. Oktober waren z.B. die eingesetzten Fahrzeuge bzw. Helfer des DRK und MHD mit neuen digitalen Funkgeräten ausgestattet. Die Kommunikation hat gut geklappt.

Grünes Licht gibt es seit einigen Tagen für den geplanten Bau der neuen Feuer- und Rettungswache in Telgte. Eine Klage gegen die Baugenehmigung des Kreises und auch ein Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan wurden vom Verwaltungsgericht bzw. vom Obergericht im Eilverfahren abgewiesen. Jetzt kann es endlich losgehen - am 14. November ist der erste Spatenstich.

Personal

In 2013 lagen die Personalaufwendungen des Kreises bei knapp 51 Mio. € - im kommenden Jahr werden diese Aufwendungen um rd. 1,57 Mio. € steigen.

Die zu erwartenden Tariferhöhungen für die Beschäftigten ab 01.03.2014 und die Besoldungserhöhung für Beamte in unteren und mittleren Besoldungsgruppen sind dafür verantwortlich.

Zudem weist der Stellenplan 2014 vier zusätzliche Stellen aus – der Stellenplan wird auf 873 Planstellen ausgeweitet. Der Saldo von vier Stellen ergibt sich aus einer Ausweitung um 21 Stellen bei gleichzeitigem Abbau von 17 Stellen.

- Für die **Schulsozialarbeit** werden **drei Stellen** eingerichtet. In 2014 werden diese Stellen noch durch Bundesmittel gefördert.
- Im **Schwerbehindertenrecht** und **beim Elterngeld** ist **jeweils eine Stelle** neu eingerichtet worden. Diese Stellen waren nach dem Übergang der Aufgaben vom Land auf den Kreis mit Landesbediensteten besetzt. Daher mussten seinerzeit keine Stellen eingerichtet werden. Die Besetzung mit Kreisbediensteten macht die Einrichtung von Planstellen erforderlich. Hierdurch entstehen keine zusätzlichen Personalkosten.
- Durch die Einführung des **Betreuungsgeldes** ist im Sachgebiet Elterngeld die **Einrichtung einer weiteren Planstelle** erforderlich.

- Die Umsetzung der Anforderungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz bringt eine Stellenausweitung im Bereich der **Heimaufsicht** mit. Hier muss **eine zusätzliche Pflegefachkraft** eingestellt werden.
- Der Anstieg der Fallzahlen macht die zusätzliche Einrichtung einer **halben Planstelle** für die **Clearingstelle im Bereich der Hilfe zur Pflege** erforderlich.
- Im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wurde **eine zusätzliche Stelle eingerichtet für Netzwerkarbeit** (Frühe Hilfen). Diese wird momentan überwiegend durch das Land refinanziert.
- In der Polizeiverwaltung werden **zwei zusätzliche Stellen** eingerichtet, um die vermehrten Überprüfungen nach dem **Waffengesetz** durchzuführen, die durch die Einführung des nationalen Waffenregisters erforderlich geworden sind.
- Die Einführung des **Digitalfunks** im Rettungsdienst erfordert dauerhaft den Einsatz **eines Elektrikers/einer Elektrikerin**.
- Des Weiteren ist die **IVU-Richtlinie** (Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) erlassen worden. Daraus resultieren Stellenplanausweitungen von **jeweils einer Stelle im Amt für Umweltschutz und im Bauamt**.

- Die Novelle der Trinkwasserverordnung macht eine Ausweitung der Prüfungspflichten erforderlich. Dies führt zu einer Stellenplanausweitung im Bereich der Gesundheitsaufsicht von einer 0,5 Stelle.
- Für die Aufgaben der **Servicestelle Personal** ist **eine weitere Planstelle** eingerichtet worden. Die Servicestelle Personal ist ein Erfolgsmodell für Interkommunale Zusammenarbeit! Nach Ostbevern, Sendenhorst und Everswinkel haben in diesem Jahr auch Beelen und Drensteinfurt Personalverwaltungsaufgaben auf den Kreis übertragen. Ab dem kommenden Jahr wird sich auch die Stadt Telgte anschließen. Über den Abschluss einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird der Kreistag noch heute noch entscheiden.
- Um insbesondere die Pflichtaufgaben im Rahmen des **Arbeitsschutzes** erfüllen zu können, ist eine halbe Planstelle eingerichtet worden.
- **Das Tariftreue- und Vergabegesetz** erfordert die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle, so dass hier eine Stellenplanausweitung in Höhe von **einer halben Stelle** erfolgt.
- Die weiteren Stellenplanausweitungen in **den Bereichen Personal (1,5), Organisation (1,0), Amt für Informationstechnik und Statistik (1,0), Rechnungsprüfungsamt (0,5), Gesundheitsamt (0,5)** sind überwiegend durch die **Übernahme der Aufgaben des Jobcenters** bedingt.

Den Stellenplanausweitungen stehen Einsparungen in Höhe von 17 Stellen gegenüber - überwiegend im Jobcenter. In der Vergangenheit wurde dort bewusst auf mögliche Stellenverringerungen verzichtet. Entsprechend **der Fallschlüssel sind im Produkt Grundsicherung nunmehr 181 Stellen im Stellenplan** vorhanden.

Von den insgesamt **873 Stellen sind 143 vollständig bzw. überwiegend refinanziert (16,4 %)**.

Damit ist der Anteil der refinanzierten Stellen gegenüber 2013 leicht angestiegen. Die Zahl der nicht refinanzierten Stellen ist in 2014 im Vergleich zu 2013 gesunken - von 731,5 auf 730).

Die Zahl unserer Auszubildenden hat in diesem Jahr einen neuen Höchststand erreicht: Insgesamt sind zurzeit 57 jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Kreisverwaltung in einem Ausbildungsverhältnis.

2013 wurden 21 neue Auszubildende und Beamtenanwärterinnen und Anwärter eingestellt – 4 mehr als im Vorjahr. Wir hatten unser Ausbildungsplatzangebot aufgrund des Doppel-Abitur-Jahrgangs um diese 4 Plätze erhöht. Ursprünglich sollten 5 Stellen mehr angeboten werden, dies scheiterte aber daran, dass der Studiengang „Bachelor Soziale Arbeit“ nicht eingerichtet wurde.

Im Jahr 2014 ist es beabsichtigt, 17 Ausbildungsstellen zu besetzen. Zurzeit läuft bereits das Auswahlverfahren - rund 350 Bewerbungen sind dazu eingegangen.

Infrastruktur sichern

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder über den Zustand unseres 365 Kilometer langen Kreisstraßennetzes diskutiert. Um die Straßen in einem verkehrstüchtigen Zustand zu halten, müssen wir regelmäßig investieren – und da reicht eine Teilsanierung oder ein „Splitten“ oft nicht mehr aus.

Deshalb wollen wir im nächsten Jahr drei besonders sanierungsbedürftige Streckenabschnitte von Grund auf sanieren: Die K 6 bei Hoetmar, die Kreisstraße 10 bei Ostbevern und die K 1 bei Freckenhorst. Rund 2,2 Mio Euro müssen dafür aufgewandt werden – eine 60%ige Förderung durch das Land ist beantragt.

2014 soll auch noch der Auftrag für den Ausbau der K 13 bei Oelde einschließlich Neubau von zwei Brücken über die Bahnstrecke und den Axtbach vergeben werden. Da der Baubeginn erst im Januar 2015 ist, sind im Haushalt 2014 keine Ausgabemittel, sondern lediglich Verpflichtungsermächtigungen für 2015 und 2016 enthalten. Insgesamt wird die Gesamtmaßnahme runde 5 Mio Euro kosten – ca. 1,6 Mio Euro kommen davon aus dem Kreisetat.

Wenn man solche Summen hört, freut man sich umso mehr über das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger beim Radwegebau. Erst letzte Woche konnte wieder ein solcher Bürgerradweg in Sendenhorst eingeweiht werden. Natürlich haben wir auch 2014 ausreichende Mittel für neue Projekte eingeplant.

Einweihen konnten wir in diesem Jahr auch den Interkommunalen Bauhof in Beckum – wir erhoffen uns Synergieeffekte in Höhe von rund 100.000 Euro pro Jahr. Zurzeit wird dort noch an einer neuen Salzhalle gebaut – sie wird in den nächsten Tagen fertig sein und dann mit gut 1000 Tonnen Streusalz gefüllt. Der nächste Winter darf kommen!

Nach einer Reihe von schlechten Nachrichten im Zusammenhang mit zurückgehenden Fluggastzahlen spürt unser FMO in diesen Tagen wieder Aufwind.

Seit einigen Wochen bereits ist Ryanair mit mehreren Fluglinien eingestiegen.

Jetzt wird auch die TUI ihr Reiseangebot ab dem Flughafen Münster/Osnabrück massiv aufstocken. Ab FMO wird es im kommenden Jahr über 30 Prozent mehr Flüge zu den Urlaubsregionen rund ums Mittelmeer und zu den Kanarischen Inseln geben.

Außerdem gibt es ab November wieder eine tägliche Verbindung morgens und abends nach Stuttgart.

Die vom Kreistag bereits im letzten Jahr beschlossene Kapitalerhöhung um rund 660.000 Euro wird dazu beitragen, die finanzielle Situation des FMO langfristig zu stärken. Statt der zunächst geplanten 5 Tranchen soll die Auszahlung allerdings auf 3 Jahre verkürzt werden. Wir haben dies im Haushalt berücksichtigt.

Meine Damen und Herren,

Zum Schluss meiner Rede möchte ich Dankeschön sagen:

- Ihnen, den Mitgliedern des Kreistages für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in diesem Jahr.
- Den zigtausend ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die uns in vielfältiger Weise immer wieder unterstützen.

Dieses Dankeschön an das Ehrenamt werden wir natürlich auch im nächsten Jahr wieder beim Sommerfest des Kreises persönlich aussprechen.

In diesem Jahr hatten wir Feuerwehrleute und Retter eingeladen. Im nächsten Jahr wollen wir – 5 Wochen nach den Gemeinderats- und Kreistagswahlen – alle frisch gewählten Kommunalpolitiker zum Sommerfest einladen.

Dann ist dieses Gebäude hier schon lange in Betrieb – das kleine aber bald ganz feine Backhaus. Am 6. Dezember wollen wir es einweihen – zusammen mit denen, die den Ausbau und die Renovierung bezahlt haben: Sparkasse Münsterland Ost, NRW Stiftung und Landschaftsverband.

Übrigens ein gutes Beispiel dafür, dass man auch ohne Geld aus dem Kreishaushalt tolle Dinge schaffen kann!

- Mein letztes Dankeschön geht an Dr. Funke und sein gesamtes Team für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs.

Ihnen allen viel Erfolg bei der Beratung des Haushalts 2014!

